

Änderungsantrag

der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Heidi Knake-Werner, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6011, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 11 13 Titel 646 11-221 – „Erstattung des Sozialzuschlags für Rentenempfänger in den neuen Ländern (einschließlich ehemaliges Ost-Berlin)“ – sind 118 000 TDM zusätzlich einzustellen.

Bonn den 25. November 1996

Petra Bläss
Dr. Heidi Knake-Werner
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Mit der Aufstockung der Mittel soll für 1997 die Weiterzahlung des Sozialzuschlages in den neuen Bundesländern gewährleistet werden. Der Wegfall ist sozialpolitisch untragbar, weil es sich um zu meist hochbetagte Frauen handelt.

Der Termin des Wegfalls zum 31. Dezember 1996 war 1991 gewählt worden, weil der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt hatte, bis 1997 Vorschläge für eine bessere Alterssicherung von Frauen vorzulegen, die 1997 wirksam werden sollten. Da dieser Part nicht eingehalten wurde, darf der andere nicht einfach vollzogen werden.

Die Höhe der Summe ergibt sich aus den Gesamtausgaben 1996 (Planansatz mit überplanmäßigen Ausgaben).

